

Die „Vierteljahrshefte“ erscheinen zweimal, am Montag und am Donnerstag... Einzelhefte... Preis...

Die Jahressubskriptionen... Preis... Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Einnütiger Abbruch des Eisenbahnerstreiks

Von der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten erfahren wir über die gegenwärtige Lage und über den Abbruch des Streiks folgendes:

Die Telegramme der Zentrale, die zum Abbruch des Streiks auffordern, sind in die Hände der Bezirksleitungen gelangt. Telephonisch versuchen die Bezirksorganisationen näheres über die Bedingungen der Einigung mit der Regierung zu erfahren. Zugleich erstatten sie Bericht über die Situation in den Bezirken und über die Aufnahme der Streikabbruchparole. Überall wird mit Sicherheit erwartet, daß die Parole der Zentrale heute oder morgen einmütig befolgt wird. Das Bestreben des Aktionsausschusses ist darauf gerichtet, alle Maßnahmen zu einer geschlossenen Dienstaufnahme zu treffen. Die Belegschaften werden gemeinsam zur Dienststelle zurückkehren und sich dort im Auftrage der Organisation zur Dienstaufnahme melden.

Mit dieser Haltung erfüllt die Reichsgewerkschaft das Versprechen, das sie bei den letzten und entscheidenden Einigungsverhandlungen mit der Regierung abgegeben hat. Die Aufgabe der Regierung ist es nun, das Gleiche zu tun. Der Streik ist zu Ende. Er ist beendet worden, nicht weil den Eisenbahnern hindende Zugstände unmittelbar gemacht worden sind, sondern nur auf Grund des Versprechens der Regierung, in Verhandlungen über die tatsächlichen Streitpunkte, die zu dem Konflikt geführt haben, sofort einzutreten. Dieses Versprechen hat die Regierung nunmehr sofort zu erfüllen. Wir erwarten daher, daß die Beratungen, insbesondere über die Erhöhung der Grundgehälter der unteren und mittleren Beamten, sofort beginnen. Läßt sich die Regierung in diesem Punkte Versäumnisse zuschulden kommen, dann würde ihr von den Beamten nachgefragt werden, daß sie sie durch Erklärungen auf den Heim gelockt habe, ohne den ernsthaften Willen zu haben, sofort an die Ausführung ihrer Erklärung heranzugehen. Das Ziel der Regierung muß aber sein, zu einem wirklich befriedigenden Abschluß des Kampfes zu kommen. Er wird nur erreicht, wenn die notwendigen Verhandlungen sofort beginnen und ein Ergebnis haben, das die durchaus gerechten Ansprüche der Beamten zufriedenstellt.

Achtung! Streikende Eisenbahner!

Auf Befehl der Funktionärkonferenz des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Ortsverwaltung Berlin, vom heutigen Tage werden die Kollegen aufgefordert, am Donnerstag, den 9. 2. früh, die Arbeit aufzunehmen.

Im Auftrag der Funktionärkonferenz:
Die Ortsverwaltung des D. E. V.

Der beste Erfolg

Nach einer in der bürgerlichen Presse verbreiteten Meldung war der mit der Leitung des Eisenbahnerstreiks betraute Aktionsausschuß in der vergangenen Nacht beisammen, um zur Lage und zu den Beschlüssen des Vorstandes der Reichsgewerkschaft, die auf Abbruch des Streikes lauten, Stellung zu nehmen. Dort sei, heißt es in der Meldung, beschlossen worden, den Streik nicht abzubauen, sondern ihn auf die Reichspost auszudehnen. Als neue Streikparole sei der Rücktritt Groeners gefordert worden.

Nach neueren Nachrichten ist diese Meldung überholt durch die Tatsache, daß sich auch der Aktionsausschuß später dem Aufruf zum Abbruch der Bewegung angeschlossen hat.

Die bürgerliche Presse verbreitet die erwähnte Nachricht, die auf eine gewisse Unsicherheit innerhalb der Reichsgewerkschaft schließen läßt, mit großem Vergnügen. Ist sie doch geeignet, Zerrissenheit in die Reihen der Eisenbahner zu tragen und die Geschlossenheit der Kämpfenden zu zerstören. Wir haben schon in der Morgenausgabe gesagt, daß der Reichsgewerkschaft zu wünschen ist, daß sie ihre Mitglieder geschlossen aus dem Kampfe zurückziehen vermag. Wenn die Eisenbahner von diesem Ende und Ergebnis des Streikes nicht sehr befriedigt sind, so verstehen wir das durchaus. Gelingt es ihnen aber, beim Abbruch des Streiks ihre Organisation geschlossen und kampffähig zu erhalten, dann haben sie eine erste gewaltige Feuerprobe gut bestanden. Bleibt die Organisation intakt, dann kann dieser Kampf trotz seines wenig befriedigenden Ergebnisses dennoch förderlich auf zukünftige Bewegungen der Reichsgewerkschaft weiter wirken. Wir betonen noch einmal, daß dieses vielleicht

der beste Erfolg wäre, den die junge Organisation davontragen kann.

Die Vollversammlung der Betriebsräte

Die Haltung der SPD-Betriebsräte

Der „Vorwärts“ veröffentlicht folgende Erklärung der S. P. D.-Betriebsräte:

„Der am 7. Februar 1922 in der Vollversammlung der Betriebsräte der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale gefaßte Beschluß wurde unter dem Druck der Tribünen angenommen und bedeutet nie und nimmer einen Generalstreikbeschuß. Ein solcher kann nur vom A. D. G. V. und M. V. gefaßt und durchgeführt werden. Wir erklären, daß unsere Redner das Wort nicht nahmen, weil sie mit einer derartigen Verhandlungsform niemals einverstanden sein können. Wir fordern unsere Betriebsräte auf, die Befestigung zur Vollversammlung zu beachten, vollständig zu erscheinen und unserer Meinung zum Durchbruch zu verhelfen.“

Der städtische Streik

Ueber die heute morgen vorgenommene Urabstimmung der städtischen Arbeiter und Angestellten lag bis zum Schluß des Blattes das Endergebnis noch nicht vor. Die Konferenz der Obleute, die um 11 Uhr zusammengetreten war, um das Ergebnis der Urabstimmung festzustellen, hatte erst einen Teil der Resultate aus den Betrieben zur Stelle, so daß ein endgültiger Beschluß über die Wiederaufnahme der Arbeit noch nicht gefaßt werden konnte. Die bisher eingegangenen Teilergebnisse lassen erkennen, daß ein großer Teil der städtischen Arbeiter mit dem Ausgange des Kampfes unzufrieden ist und auf der Fortsetzung des Streiks bis zur Erfüllung ihrer Forderung auf Verlängerung des Manteltarifs bis zum 31. Dezember 1922 besteht.

Englands weltpolitische Richtlinien

Die englische Thronrede

London, 7. Februar. (R. T. V.)

Die Thronrede, mit der der König heute das Parlament eröffnete, begrüßt die großen Resultate der Washingtoner Konferenz, namentlich das Viermächteabkommen über den Stillen Ozean, welches das englisch-japanische Bündnis erneuert, und das Abkommen betreffend die Einschränkung der Rüstungen. Die Thronrede bezeugt weiter, das Problem der Sicherung der Reparationszahlungen durch Deutschland in der den allgemeinen Interessen zuträglichsten Weise beschlichtet noch immer die verbündeten Regierungen. Beratungen seien kürzlich eingeleitet worden, um Vereinbarungen über ein gemeinsames Vorgehen im Falle eines unprovokierten Angriffes durch Deutschland zu erzielen. Ferner kündigt die Thronrede an, daß eine Bill über die Ratifizierung des Abkommens mit Island und eine weitere Bill, welche den an den irischen Unruhen beteiligten Personen Amnestie gewährt, dem Parlament zugehen wird.

Nach Erwähnung der irischen Frage fährt die Thronrede fort: Der große und anhaltende Umfang der Arbeitslosigkeit veranlaßt mich die tiefste Sorge und wird weiterhin mit ernster Aufmerksamkeit von meinen Ministern verfolgt werden. Das einzige Heilmittel für diese betrübliche Lage liegt in der Beschleunigung der internationalen Redenbühlerarbeit und des Argwohn, sowie in der Verbesserung der Bedingungen, unter denen der Handel der gesamten Welt sich vollzieht. Aus diesem Grunde begrüße ich die Vorkehrungen, die jetzt getroffen werden für den Zusammentritt einer internationalen Konferenz in Genäva, auf der es, wie ich hoffe, möglich sein wird, den Frieden in Europa auf einer gerechten Grundlage zu errichten und eine Regelung der zahlreichen wichtigen Fragen zu erreichen, die aus der dringenden Notwendigkeit des finanziellen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus entstehen. Die Thronrede kündigt außerdem Vorschläge für die Reform des Oberhauses und für die Beilegung der Differenzen zwischen beiden Häusern an. Unter den Gesetzesvorlagen, die eingebracht werden sollen, führt die Thronrede eine solche betreffend die Schaffung einer internationalen Handelskorporation an.

Bei der Debatte über die Thronrede fragte der Arbeiterführer Clones, welches die Haltung der britischen Regierung gegenüber der französischen Politik sei. Das in der Thronrede erwähnte Uebereinkommen mit Frankreich und Belgien sei nicht geeignet, die künftige Sicherheit Frankreichs und den Frieden der Welt zu verbürgen. Die Arbeiterpartei sei überzeugt, daß die Sicherheit Frankreichs und seine Wohlfahrt in der Zukunft am besten gesichert werden könne, wenn die gute Meinung der Welt über Frankreich erhalten werde und wenn durch die Vereinigung der Völker eine Garantie gegen einen zukünftigen Angriff geschaffen werde, die durch ein Uebereinkommen zwischen Frankreich und einem oder zwei anderen Ländern nicht in demselben Maße gesichert werden könnte.

Lloyd George an Frankreich und Deutschland

Nach der Rede Clones nahm Lloyd George im Unterhause das Wort zu folgenden Ausführungen: Wenn Clones erklärt, daß nichts schlimmer sein könne als die augenblickliche Lage der Dinge, so brauche er nur nach Rußland zu blicken, wo einige der Grundsätze, für die die Anhänger Clones eintreten, zur Durchführung gebracht würden. (Lachen und Beifall.) Alle auf den Haager Konferenzen gefaßten Beschlüsse sind allgemeinen Charakters und sind im Weltkrieg wirkungslos geblieben. Dagegen wurden in Washington genaue Beschlüsse gefaßt, in denen bestimmte Zahlen für Kriegsschiffe, Geschütze und Besatzungen festgesetzt wurden. Dies bedeutet für das britische Budget eine Ersparnis von Millionen Pfund Sterling. Was die Lätigkeit des Obersten Rates betrifft, so hat er die Entlassung Deutschlands durchgeführt. Die Dienstpflicht ist in Deutschland abgeschafft, und Maßnahmen sind getroffen, die Frankreich sehr beträchtliche Summen an Reparationen gewährleisteten. Diese Ergebnisse sind nicht im Verlaufe der ersten Konferenz des Obersten Rates erzielt worden, man ist schrittweise vorgegangen, aber man hat ein großes Ergebnis erreicht, nämlich vorgelesen, daß

Konflikte nicht zu Kriegen ausarten. Die Politik Englands Frankreich gegenüber ist eine Politik der Freundschaft und der Zusammenarbeit im Interesse des Friedens. Freundschaft bedeutet nicht Unterordnung oder Gehorsam, sondern ehrliche Zusammenarbeit, wenn auch in der Frage der geeigneten Mittel nicht immer Uebereinstimmung besteht. Was die Frage des Garantiepaktes betrifft, so ist es notwendig, daß Frankreich nicht isoliert zu sein. Nichts ist gefährlicher, als wenn eine tapferere Nation Furcht empfindet. Frankreich ist in dem Zeitraum eines Jahrhunderts dreimal vernichtet worden. Das rechtfertigt keine Verlegenheit. Wenn Frankreich die Sicherheit hat, daß England ihm, falls sich die Ereignisse von 1914, 1870 und 1814 ohne Herausforderung von seiner Seite wiederholen sollten, mit seiner gesamten Macht beistehen wird, so wird diese Sicherheit Frankreich Vertrauen einflößen.

Eine der wirklichen Gefahren für Europa, vielleicht nicht im gegenwärtigen Augenblick, vielleicht auch nicht während der nächsten 20 Jahre, aber vielleicht für die folgenden Generationen, besteht darin, daß die deutsche Jugend im Geiste der Revanche erzogen werden und heranwachsen könnte. (Zurufe von Seiten der Arbeiterpartei: Und die französische Jugend ebenfalls!) Ich sage, wenn die deutsche Jugend an den Gedanken gewöhnt wird, die alte Frank, den früheren Einfluß und den ehemaligen Besitzstand des kaiserlichen Deutschlands wiederzuerlangen, die Sieger für die Deutschland zugestimmte Niederlage zu bestrafen und den deutschen Nationalstolz zu verteidigen, so liegt darin

eine der größten Gefahren,

denen das künftige Europa ausgeht ist. Wer den Frieden will, muß nicht nur an die Gegenwart, sondern auch an die kommenden Jahre denken. Deutschland muß überzeugt werden, daß eine kriegerische Politik ihm keinen Vorteil bringt, und daß es in einem Nachkrieg gegen Frankreich nicht nur Frankreich, sondern auch andere Nationen gegen sich hätte. Durch ein derartiges Verhalten wird dieses deutsche Gefühl schon im Entstehen ausgetrotet werden, und die Deutschen werden lernen, daß eine Politik der Revanche für ihr Land tödlich sein würde.

Es gibt aber noch einen weiteren Grund für den Garantiepakt. In Versailles haben wir eine Verbindlichkeit übernommen, um einer Politik der Ausdehnung Frankreichs bis zum Mecklenburger Meer zu verhindern. Das ist eine Verpflichtung, die wir nicht aufgeben dürfen. Diese Verbindlichkeit war dazu bestimmt, Frankreich Sicherheit zu bieten. Präsident Wilson und Balfour haben eine Garantie gegeben, und angesichts dieser Garantie hat Frankreich auf die erwähnte Politik verzichtet. Nunmehr handelt es sich in dieser Angelegenheit für uns um eine Ehrenschuld. (Beifall und Protestrufe.) Ich erinnere daran, daß das Unterhaus einstimmig den Garantievertrag genehmigt hat unter der Bedingung, daß die Vereinigten Staaten ihn ebenfalls ratifizieren. Wir werden dem Unterhaus ebenso wie damals Gelegenheit geben, den jetzt mit Frankreich geplanten Pakt zu erörtern. Das Unterhaus wird dann sagen können, ob es ihn annehmen oder ablehnen wird.

Hierauf kam Lloyd George auf den Vorschlag zu sprechen, als Maßnahme für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt die Kellogg-Schulden zu streichen. Er sagte: Großbritannien ist bereit, diese Frage zu erörtern, vorausgesetzt, daß alle Gläubiger- und Schuldernationen bereit sind, dasselbe zu tun. Aber es würde Unrecht sein, zu verlangen, daß Großbritannien allein auf die ihm geschuldeten Gelder verzichten solle. Ueber die ägyptische Frage sagte Lloyd George: Für den Augenblick kann ich keine vollständige Erklärung abgeben, da die Regierung sich erst mit dem auf dem Wege nach London befindlichen Marshall Allen zu beraten muß. Wie auch die Lösung aussehen mag, die gefunden wird, zwei Tatsachen von grundlegender Bedeutung müssen im Auge behalten werden. Ersteres bildet eine Art Korridor, der die östlichen und die westlichen Teile des britischen Reiches trennt bzw. verbindet. Zweitens sah während des Krieges über eine Million Soldaten aus Australien, Neuseeland und Britisch-Indien vorüberziehen. Wäre Fernost damals unabhängig und frei von jeder Kontrolle durch Großbritannien gewesen, so hätten wir beträchtlich schwächer dastanden.

Die Reaktion zum Eisenbahnerstreik

Die reaktionäre Presse hat den Eisenbahnerstreik mit einer maßlosen Hege begleitet, aber aus allen ihren Leuzerungen zu der Streikbewegung war doch die schmerzende Befriedigung über den Zustand unerkennbar herauszufühlen. Deutlich wird die Haltung der Reaktion zum Eisenbahnerstreik und zu den damit zusammenhängenden Fragen, vor allem auch zum Verhalten der verhandelnden Regierung, widerspiegelt in einer Kundgebung der deutschnationalen Fraktion des Reichstages, worin diese, wie es in der reaktionären Presse heißt, „ihre Stellungnahme der Reichsregierung zur Kenntnis bringt“. Zunächst erklärt diese Kundgebung den Eisenbahnerstreik für ein Verbrechen an der deutschen Volk. Die Eisenbahner hätten ihre öffentlichen Pflichten verletzt. Die Regierung aber habe zwar „zunächst Maßnahmen angekündigt und ergriffen, die gebilligt werden können“. Darum habe die deutschnationale Fraktion erst eine abwartende Haltung eingenommen, aber nun habe sie die ernsthaftesten Befürchtungen, daß die Regierung ihren ursprünglichen Standpunkt nicht festhalten werde. Die Kundgebung der deutschnationalen beklagt, daß die Festnahme der verantwortlichen Streikführer nicht durchgeführt worden ist. Dieses und die Tatsache, daß die Regierung mit der Reichsgewerkschaft entgegen der ursprünglichen Ablehnung auf indirektem Wege verhandelt habe, sei ein Zeichen der Schwäche. Die nachfolgenden und die Kundgebung abschließenden Sätze sind erfüllt von Schachmache-reien, worin die Regierung zu „unbeglückter Haltung“ aufgefordert wird. Durch unbeeugliche Festigkeit müsse der Streik zu „ergebnislosem Zusammenbruch“ geführt werden.

Die Reaktionäre spielen ein widerwärtiges Doppelspiel. Während ihnen der Streik ursprünglich außerordentlich willkommen war, weil er der Regierung durch Verlegenheiten bereiten mußte und weil jede Verlegenheit selbst dieser uns gar nicht genügenden, von der Reaktion aber dennoch bitter gelohnten Regierung von den Deutschnationalen mit Freude begrüßt wird, benutzen sie die Beendigung der Streikbewegung zu einem Angriff gegen dieses angeblich schlappe Kabinett. Durch diese widerwärtige Demagogie glauben die Deutschnationalen, die Regierung sowie die am Streik beteiligten Beamten in gleicher Weise treffen zu können. Für nichts verantwortlich, aber an allem Unheil schuldig, markiert diese traurige Gesellschaft den starken Mann und Ordnungshüter nach allen Seiten.

Besonders wertvoll aber sind diese Leuzerungen der Reaktion als Lehre für die Beamten selbst. Sie mögen daraus erkennen, wie gefährlich es für ihre Gewerkschaftsbewegung sein würde, wenn es den Deutschnationalen oder der mit ihr verbündeten Deutschen Volkspartei gelänge, auch nur den geringsten Einfluß auf die Regierung zu gewinnen.

Löbe gegen die Deutsche Volkspartei

Der Reichstagspräsident Löbe nimmt in der „Breslauer Volkswacht“ scharf Stellung gegen die neueste politische Schwelung der Deutschen Volkspartei.

Mit der allgemeinhaltenden, absichtlich dunklen Parole der jachlichen und persönlichen Garantien, unter der man alles mögliche verstehen kann, behielt sich die Deutsche Volkspartei vor, das halbe Zugeständnis beim Steuerkompromiß noch einmal zu halbieren und das geringfügige Opfer, das durch die Zwangsanleihe gebracht werden sollte, auch der letzten Spur eines Opfercharakters zu entkleiden. Die geringe Bereitschaft war vom ersten Moment an sichtbar, und es war ein fa-lscher Schritt des Kanzlers, daß er gerade auf die Mitwirkung dieser Partei solchen Wert legte, statt seine Mehrheit nach links zu erweitern. Eine Partei, die sich einem Opfer des Volkes entzieht, ist keine geeignete Kontrahentin für die Sozialdemokratie. Das Verhalten im Falle Rathenau schlägt dem Volk den Boden aus. Vielleicht ist es gut, daß die Deutsche Volkspartei gleichzeitig den Beweis ihrer Unzuverlässigkeit auch für das Zentrum antritt. Die Sozialdemokratie hat diese Aufklärung nicht mehr nötig. Sie wird trotz aller Schwierigkeiten den neuen Versuch machen müssen, eine Steuer mehrheit nach links hin zu gewinnen.

Es wäre sicherlich im Interesse der Arbeiterklasse gelegen, wenn die Rechtssozialisten den Versuch zu einer Steuermehrheit nach links machen würden. Bisher ist allerdings Löbe mit seinen Vorschlägen nach dieser Richtung leider nicht sehr erfolgreich gewesen.

Sozialistische Regierung in Braunschweig

Drahtmeldung unseres Korrespondenten Braunschweig, 8. Februar.

Der neue Landtag trat gestern nachmittag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Es wurden lediglich die Wahlen für das Präsidium und die Ausschüsse vorgenommen. Es wurden gewählt: zum ersten Präsidenten Wessel (Landeswahlverband), zum zweiten Wese Meyer (U. S. V.) und zum dritten Dr. Jäpper (S. P. D.). Nach der Wahl verlagte sich der Landtag auf acht Tage. — Zur Frage der Regierungsbildung haben die drei sozialistischen Parteien untereinander verhandelt und sind sich einig geworden, eine sozialistische Regierung zu bilden.

Ungarn vor einem Staatsstreik

Budapest, 7. Februar. (Intel.)

Die Regierung Bethlen läßt durch die offiziöse Presse verbreiten, es sei ausgeschlossen, daß die Nationalversammlung in der Zeit, die ihr noch zur Verfügung steht, das Gesetz über die Wahlreform erlassen könne. Da die Regierung fest entschlossen ist, die Nationalversammlung am 16. Februar aufzulösen, wird sie ein neues Wahlgesetz erstickern. Damit betritt die Regierung den Weg des Staatsstreichs. Die oppositionellen Parteien, Legitimisten und Demokraten erklären, daß sie die Wahlen boykottieren werden, und so wird Ungarn möglicherweise wieder einmal ein Kumpfparlament besitzen.

Ein oppositioneller Wahlsieg

In Kecskemet, der Hochburg des berüchtigten Terroristenführers Hejjas, fanden die Ersatzwahlen für den verstorbenen Führer der Kleinen Landwirtpartei Julius Kubinek statt. Gewählt wurde gegen die Vereinigten Regierungsparteien der Kandidat der Ader Unabhängigkeitspartei, Dr. Miksa el Horvath.

Das französische Militärdienstpflichtgesetz Erklärungen Poincarés

Paris, 8. Februar.

Die vereinigten Kammerausschüsse der Finanzen und des Heeres beschäftigten sich gestern nachmittag in Anwesenheit des Ministerpräsidenten, des Finanz- und des Kriegsministers mit dem Militärdienstpflichtgesetz. Ministerpräsident Poincaré sprach im Namen der Regierung, die Regierung sehe die 18monatige Dienst-

zeit nur als Etappe zur einjährigen Dienstpflicht an. Die Kredite für das Heer dürften nicht erhöht werden, damit die Ausgaben nicht als Beweis des Imperialismus bezeichnet werden könnten. Wir sind gegenwärtig, sagte Poincaré, eine Militärmacht, solange Deutschland noch nicht wirklich entwaffnet ist. Aber wir sind keine militärische Macht und wir vergeuden kein unnützes Geld für das Heer. Wir dürfen auch nicht den Eindruck eines Landes erwecken, das seine Militärausgaben erhöht. Die Kredite für 1923 dürfen nicht höher als die für 1922 sein.

Die Ausschüsse erklärten sich mit den Ausführungen Poincarés einverstanden. Die Diskussion des Gesetzes soll baldigst im Parlament erfolgen, dem das Recht zugestanden wird, es mit einem Amendement zu versehen. Auf eine Anfrage erklärte Poincaré, Frankreich muß in der Lage sein, sich Respekt zu verschaffen, damit es sicher ist, respektiert zu werden. Nach dem Petit Parisien erklärte er ferner, er habe weder den Wunsch noch die Absicht, seine Zustucht zu sanktionieren, aber es dürfe nicht vergessen werden, daß gewisse Artikel des Friedensvertrages Frankreich dieses Recht zur Sicherstellung seiner Rechte und seiner Interessen zuerkennen.

Der neue Papst hat den Kardinal Gasparri als Staatssekretär bekräftigt, desgleichen die Prälaten, die unter Benedikt XV. den päpstlichen Hof bildeten.

Die Elektrifizierung der Gotthardlinie ist durch die Beendigung der letzten Strecke Lugano-Chiaso vollendet worden.

Ein geleiteter General. Der in Paris eingelieferte russische General Spatiew, der als ein Vertreter der Sowjets bezeichnet wurde, erklärte dem „Petit Journal“, er sei Professor der polnischen Hochschule und nur zu wissenschaftlichen Zwecken nach Paris gekommen. Er sei Gelehrter und wüßte die Beziehungen mit den Gelehrten Frankreichs wieder aufzunehmen.

Verkehrsaufnahme bei der Eisenbahn

Der Abbruch des Eisenbahnerstreiks konnte sich im Laufe des Vormittags noch nicht im Verkehr bemerkbar machen. Noch waren die Kohlefelder allenthalben an der Arbeit, und der Zugverkehr auf den einzelnen Vorortstrecken zeigte gegen die Vortage noch keinerlei Besserung. Der Verkehr auf der Stadt- und Ringbahn ruht noch vollständig, die Bedienung der Vorortstrecken beschränkt sich auf eine geringe Anzahl von Zügen, z. B. auf der Strecke Berlin-Dramen-burg vier Züge in jeder Richtung, Berlin-Bernau drei Züge und Berlin-Belken zwei in jeder Richtung, während des ganzen Tages. Die letzten Züge verkehren wie folgt: nach Dramen-burg um 5.50 Uhr abends, nach Bernau um 5.40 Uhr nachmittags und nach Belken-Kremmen um 5.00 Uhr nachmittags. Eine Besserung im Fernverkehr wird erst die allmählich fortschreitende Arbeitsaufnahme auf den einzelnen Bahnhöfen bringen können. Der Betrieb in den einzelnen Werkstätten ist bis zur Stunde noch nicht wieder aufgenommen worden. Hier wird in den Nachmittagsstunden voraussichtlich in Betriebsversammlungen die Entscheidung fallen, wo in Abklärungen der Arbeiterschaft über die letzten Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen berichtet werden soll.

Die Untergrundbahn und die Kraftomnibusse waren wieder außerordentlich stark besetzt. Auf einzelnen Untergrundbahnhöfen waren die Bahnangestellten gezwungen, wegen der außerordentlichen Ueberfüllung der Züge und der Bahnsteige die Zugänge zu den Bahnhöfen vorübergehend zu schließen. Der Verkehr zeigte späterhin eine geringe Abnahme, so daß der Zugverkehr wieder geordnet wurde.

Im Güterverkehr machte sich der Frost sehr störend bemerkbar und erschwerte die Abfertigung der Züge außerordentlich. Der leichte Schneefall war ohne Einfluß, doch litten die großen Rangierbahnhöfe unter erheblichem Personalmangel, so daß auch hier die Aufnahme eines geordneten Verkehrs noch nicht möglich war. Im allgemeinen wird erst im Laufe der nächsten Tage eine Besserung der Verkehrslage zu erwarten sein.

Für Käufer wird Wohnung frei

Der „Städtische PresseDienst Charlottenburg“ teilt mit: Nach § 1 der Verordnung des Wohnungsverbandes Groß-Berlin vom 21. Dezember 1919 ist es verboten, durch Zeitungsanzeigen Wohnungen und Geschäftsräume ohne Erlaubnis des Wohnungsamtes derjenigen Gemeinde, in der die Räume liegen, anzubieten. Derartige Anzeigen, die häufig in den Tageszeitungen erscheinen, sind geeignet, das Publikum zu dem Versuch zu verleiten, nicht auf dem ordnungsmäßigen Wege der Zuweisung durch das Wohnungsamt, sondern unter dessen Umgehung anderweitig in den Besitz einer Wohnung zu kommen. Gegen diese Verord-nung verleiht eine in einer Berliner Mittagszeitung erschienene Annonce, in der ein in Charlottenburg gelegenes Wohnhaus zum Kaufe angeboten wurde, insofern als sie mit dem Zusage versehen war: „Für Käufer wird 4-Zimmer-Wohnung frei“. Die Annonce wurde infolgedessen Gegenstand der Strafverfolgung, die dazu führte, daß der Wohnungsanbieter in der Beratungssitzung von der ersten Strafkammer des Landgerichts III Berlin wegen unbefugten Inoffiziellen einer Wohnung zu 100 M. Geldstrafe, im Unvermögensfalle zu zehn Tagen Haft und außerdem in der Kosten des Verfahrens verurteilt wurde.

Es muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß derartige Annoncen eine der gefährlichsten Formen der Wohnungsverhinderung darstellen und geeignet sind, die Stimmung der mahnungslustigen Bevölkerung zu erregen, die immer wieder darauf hinweist, daß derjenige, der über genügende Mittel verfügt, in der Lage ist, sich durch Kauf eines Hauses eine Wohnung zu verschaffen. — Ob die ungebührlich schwere Strafe von 100 M. die Erregung der mahnungslustigen Bevölkerung befähigtigen wird? Rinder, macht euch nicht lächerlich!

Geheime Personalakten

Bei Behörden haben wirklich republikanische Beamte noch immer einen äußerst schweren Stand. Die leitenden Beamten, die zwar sehr gern das Geld der Republik nehmen, bekunden oftmals ihre Feindschaft zur Republik in recht deutlicher Weise. Sie wissen, daß ihnen deshalb keinerlei Widerstände bei ihrem weiteren Aufstieg gemacht werden, sondern eher diese antirepublikanische Einstellung dabei zum Vorteil gereicht. Diefelben Herren sind natürlich auch die härtesten Gegner der den unteren Beamten durch die Revolution zugekommenen Rechte. Diese zu beschließen, oder zum mindesten zu sabotieren, haben sie sich zur besonderen Aufgabe gemacht.

Artikel 129, Abs. 3 der Verfassung schreibt vor, daß dem Beamten ungünstige Tatsachen in die Personalakten erst dann eingetragen werden dürfen, nachdem dem Beamten Gelegenheit gegeben war, sich zu den ihm ungünstigen Tatsachen zu äußern. Dies von der Beamtenschaft seit Jahrzehnten geforderte, die Willkür durch Recht in erledigende Bestimmung ist für das Landesfinanzamt Groß-Berlin, Abteilung IA, einfach nicht vorhanden. Es wird in der Weise umgangen, daß entweder die ungünstige Entscheidung statt in der von der Verfassung vorausgesehenen Schriftform mündlich getroffen, oder die ungünstige schriftliche Entscheidung statt zu den Personalakten zu den Akten gebracht wird. Beim Landesfinanzamt Groß-Berlin existieren „Geheime Personalakten“ (P. G.). Die auf dem Boden der Verfassung stehenden Beamten des Landesfinanzamtsbezirks Groß-Berlin sind nicht gelassen, diesen Rechtsbruch auf die Dauer hinzunehmen. Die immer wieder geforderte Demokratisierung der Verwaltung wird am schnellsten und sichersten dadurch erreicht, daß man die Beamten statt auf das Wohlwollen der Vorgesetzten auf Recht stellt. Rechte lösen automatisch die entsprechenden Pflichten aus. Das Beamten-rätegesetz bietet Gelegenheit zur Demokratisierung der Verwaltung.

Gewerkschaftliches

Jahresgeneralversammlung der Schneider

Am 30. Januar fand in den Räumen der Brauerei Friedrichshain die Vorversammlung des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes statt, in der Katsch zunächst die Abrechnung vom letzten Quartal 1921 gab. Lehmann erläuterte den Jahresbericht und teilte mit, daß die Mitgliederzahl im letzten Quartal gegenüber dem vorhergehenden um rund 6000 stieg. Redner erläuterte den Kasienbestand und trat für eine finanzielle Stärkung der Organisation ein. Für die Arbeitslosen wurde ein Fond geschaffen, aus dem dieselben periodisch Zuschüsse erhalten. Lehmann verwies hierbei besonders auf die Hilfen der russischen Hilfe, die aber mehr als bisher von den Mitgliedern beachtet werden müssen.

Zur Erledigung der Verwaltungs- und Agitationsaufgaben waren zusammen 2000 Sitzungen und Versammlungen notwendig. Die Schulung der Betriebsräte soll intensiv in Angriff genommen werden. In 25 Branchen der Filiale sind trotz großer Widerstände Erfolge erzielt worden. In allen Branchen sind die Frauenlöhne den Männerlöhnen nahe gekommen. Redner verwies auf die Kampferhebung der Unternehmer, die eine geschlossene Front der Arbeitnehmer zur Folge haben müsse.

Mitten in der Tagung erkrankte der aus dem Verbanne ausgeschlossene, jetzige kommunistische Stadtdirektor Wilhelm Schumacher, der sich als Berichterstatter der „Roten Fahne“ am Vorstandstisch präsentierte. Das Erscheinen dieses Heiden hatte wieder widerliche Szenen im Gefolge. Seit einem Jahre war die Berliner Filiale durch tumultuarische Szenen kommunistischer Mitglieder nicht in der Lage, eine ordnungsgemäße Generalversammlung abzuhalten. Dieser Zustand muß im Interesse der Organisation aufhören. Es ist deshalb notwendig, daß die Betriebsräte und Vertrauensleute zu dieser Situation Stellung nehmen und Beschlüsse fassen, die eine fernere gedeihliche Fortentwicklung der Filiale gewährleisten.

Die Abänderung des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes

Am 17. Januar 1922 in Nr. 9 des Reichsgesetzblattes veröffentlicht. Diese Änderungen sind von großer Tragweite für alle nach dem 31. Januar rechtskräftig werdenden Streitigkeiten. Ursprünglich konnten die Gewerbegerichte nur bis 100 M. und die Kaufmannsgerichte nur bis 300 M. rechtskräftig entscheiden. Künftig werden aber die Entscheidungen des Gewerbegerichts bis zur Höhe von 5000 M. und des Kaufmannsgerichtes bis zu 6000 M. unanfechtbar sein. Ursprünglich waren die Gewerbegerichte für die Streitigkeiten höherer gewerblicher Angestellten, z. B. der Werkmeister und Betriebsleiter, nur zuständig, wenn sie nicht mehr als 2000 M. jährliches Einkommen und die Kaufmannsgerichte für die Handlungsgehilfen nur bis zu einem Jahresverdienst von 5000 M. zuständig. In Zukunft dürfen beide Arten von Angestellten, solange ihr Jahresverdienst 100 000 M. nicht übersteigt, die Sondergerichte anrufen.

Neue Löhne im Fuhrgewerbe

Die Löhne für das Last- und Reichsfuhrerfuhrergerwerbe Berlins für die Zeit vom 27. Januar 1922 bis 28. Februar 1922 sind wie folgt vereinbart worden: Für Lastkraftwagenführer, Schwerfuhrerfuhrer, Arbeiter, Stallente und Wächter 560 M., Reichsfuhrerfuhrer 330 M., jugendliche Fuhrer und Fuhrerinnen bis zu 18 Jahren 300 M., Reichsfuhrerfuhrer, die durch Unfall oder Invaldität weniger leistungsfähig sind, mindestens 470 M., Arbeiterinnen 400 M. wöchentlich. Unständliche Arbeiter erhalten je Stunde 12,75 M. Ueberstunden werden mit 12,75 M. bezahlt, an Jugendliche mit 9,50 M. je Stunde. Für die Pferdepflege an den Sonntagen nachmittags erhalten die Fuhrer für die erste Stunde 12 M., bis zu zwei Stunden 16 M. Das Füttern der Pferde an den Sonntagen nachmittags wird mit 12 M. je Stunde bezahlt. Der ebenfalls neu abgeschlossene Mantelvertrag ist beim Deutschen Transportarbeiterverband, Engelauer 24/25, v. II, Zimmer 36, erhältlich.

Die Schallplattenarbeiter Groß-Berlins nahmen am Donnerstag, den 2. Februar 1922, Stellung zu dem Verhandlungsergebnis mit den Arbeitgebern. Nach längerer und sachlicher Diskussion wurden die Zugeständnisse als völlig ungenügend einstimmig abgelehnt und die Verbandsleitung beauftragt, sofortige nochmalige Verhandlungen mit den Arbeitgebern nachzusuchen. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen soll es abhängen, welche weiteren Schritte evtl. zu unternehmen sind. Zum Schluß wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die lebhaften Protest gegen die Verordnung des Reichs- und Polizeipräsidenten erhebt.

Gewerkschaftskommission Schöneberg. Nach einem Referat des Kol. Rohde über den Referentenentwurf der vorläufigen Arbeitslosenversicherung nahm die Unterkommission gegen drei Stimmen eine Resolution an, die sich gegen diesen Entwurf wendet und der zeitigen Erwerbslosenfürsorge den Vorrang gibt. Der Vertreter der Erwerbslosen, Kol. Zeiler, wendet sich gegen das Ueberstundenarbeiten und ersucht, in den einzelnen Organisationen darauf zu drängen, diesen Uebelstand zu beseitigen. Kol. Henkel gab zum Schluß noch einen kurzen Bericht über die Kranenkasienwahlen.

U. S. V. Mitglieder im Waidhinderverband. Am Donnerstag, den 9. Februar, abends 7 Uhr, findet bei Baum, Stall-schreiberstraße 47, eine wichtige Fraktionsversammlung statt, zu der alle Fraktionsmitglieder sowie sämtliche auf unserem Boden stehenden Generalversammlungsdelegierte unbedingt erscheinen müssen. Der Fraktionsvorstand.

Ozram, Jakob A. Lohnzahlung Donnerstag 12—2 Uhr. Einschließend Betriebsversammlung, Gesellschaftsbau, Wiefelstraße. Der Betriebsrat.

Parteiveranstaltungen

Freitag, den 10. Februar. wichtige Zentralvorstandssitzung im Verbandsbureau, Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 89.

Mittwoch, 8. Februar

20. Bezirk (Brandenburg). 9. Oberstadt, Jubiläumstr. 10 bei Schilde, Wagnersstr. 125, Stöckelstr. 200 — 102 bei Jahn, Waidhinderstr. 31. — 17. Abteilung bei Holzm., Gieseler Str. 72. — 13. Abteilung, Gieselerstr. 10 bei Schilde, Wagnersstr. 104. — 10. Abteilung, Jubiläumstr. 10 bei Schilde, Wagnersstr. 104.

Freitag, 10. Februar

2. Verwaltungsbezirk, 4. Bezirk (Weiden). Ortsversammlung bei Wiemers, Waidhinderstr. 31, abends 7 Uhr.

10. Bezirk (Brandenburg). Agitationskommission. Ortsversammlung, abends 7 Uhr, bei Ernst, Waidhinderstr. 31.

20. Bezirk (Brandenburg) abends 7 Uhr, Sitzung der Fraktionskommission bei Dietz, Kammgasse 2.

Vereinstalender

Donnerstag, 9. Februar

Neuzulassung der Angehörigen. 13. Verwaltungsbezirk Tempelhofer-Markt. Mitgliederversammlung aller Angehörigen abends 7 Uhr im Reich, Wagner, Tempelhofer Markt 100. „Was der Gewerkschaft der Berliner Arbeiter“ Kol. Kol. Hans Langhans. Erklären oder Reden im Verein.

Freitag, 10. Februar

Zentralverband der Angehörigen. 14. Verwaltungsbezirk Grünau-Weidenhof. Mitglieder-Versammlung aller Angehörigen abends 7 Uhr im Reich, Wagner, Grünau, Waidhinderstr. 31. Was der Gewerkschaft der Berliner Arbeiter Kol. Kol. Hans Langhans. Erklären oder Reden im Verein.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn ein genügend konkreter Sachverhalt mitgeteilt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Vordruck.

Benanntlich für Politik und Revolution: Dr. Paul Hertz, Charlottenburg für Kommunalpolitik, Politik und Gewerkschaften: Dr. Hertz, Berlin; für den Interzonalen und politischen Mittelstand: Dr. Hertz, Berlin; — Verlagsgemeinschaft „Freiheit“, c/o M. H. Berlin; — Druck der Berliner Drukkeri G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 89.